

12-14/2000

Oktober 2000

*In Kooperation mit der
Werkstatt Ökonomie*

**DRITTE
WELT**

Information

*G E R E C H T I G K E I T
F R I E D E N
U M W E L T P O L I T I K*

Sklaven sind überall zu finden, in allen Ländern und allen Wirtschaftsbereichen. Die meisten Sklaven arbeiten weltweit in der Landwirtschaft, aber auch in Ziegeleien, Steinbrüchen, Bergwerken und in Köhlereien gibt es Sklaven. Sklaven schleifen Edelsteine, Sklaven stehen an Webstühlen und Sklaven finden sich in privaten Haushalten. Am Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es mehr Sklaven in aller Welt, als in den vergangenen Jahrhunderten aus Afrika verschleppt wurden. Im Vergleich: Mit mindestens 27 Millionen ist die Gesamtzahl heutiger Sklaven fast so groß wie die Einwohnerzahl Kanadas – oder sechsmal größer als die Bevölkerung Israels.

Hinzu kommen Millionen von Menschen, die in der einen oder anderen Weise unter Zwangsarbeit leiden. Manche Schätzungen, die sich auch in Dokumenten der Vereinten Nationen finden, sprechen gar von 200 Millionen Menschen in Sklaverei und Zwangsarbeit. Solche Schätzungen sind sicher deutlich zu hoch gegriffen, dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass Sklaverei und

Zwangsarbeit zu den häufigsten Missachtungen grundlegender Menschenrechte gehören, auch wenn darüber nur selten berichtet wird.



Foto: Damien Lewis

Globalisierung der Sklaverei Über Ausmaß und Form moderner Sklaverei

Arbeitsblätter für Unterricht, Diskussion und Aktion

epd

Die rapide wachsenden Formen moderner Sklaverei sind auch eine Folge der massenhaften Arbeitsmigration als Flucht aus der Armut und der wachsenden weltweiten Nachfrage nach billiger Arbeitskraft im Zuge von deregulierten Märkten und der Aushöhlung von Arbeitsrechten. Angesichts einer solchen „Globalisierung der Sklaverei“ hat die britische Organisation **„Anti-Slavery International“** eine **Europäische Aktion gegen Sklaverei und Zwangsarbeit** angeregt, die im Oktober 1999 in London gestartet wurde. Die zunächst auf vier Jahre angelegte Aktion verfolgt **drei Ziele:**

- 1 Die Aktion will den Skandal moderner Sklaverei öffentlich machen.
- 2 Briefaktionen sowie weitere Aktivitäten sollen zur unmittelbaren Befreiung bestimmter Gruppen von Sklaven beitragen. Hierbei wird auch gefragt werden, welchen Beitrag europäische Unternehmen zur Abschaffung von Sklaverei leisten können.

- 3 Initiativen von Parlamenten und Regierungen der EU-Mitgliedsländer und der EU-Kommission sollen zur Durchsetzung bestehender internationaler Instrumente angeregt werden. Hierzu gehört auch eine Stärkung der einschlägigen Mechanismen der Vereinten Nationen. So ist zum Beispiel die Einsetzung eines UN-Sonderberichterstatters über Sklaverei erforderlich.

In dieser Ausgabe von **epd-Dritte Welt-Information** werden die Hintergründe für die Notwendigkeit einer solchen europäischen Aktion gegen Sklaverei und Zwangsarbeit beleuchtet, unterschiedliche Formen von Sklaverei dargestellt und anhand konkreter Fälle eindrücklich beschrieben sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Abschaffung von Zwangsarbeit und Sklaverei skizziert.

Formen von Sklaverei

- Sklaverei hat in der Moderne viele Gesichter, ihre Erscheinungsformen sind vielfältig. Doch

Kampf gegen Sklaverei*

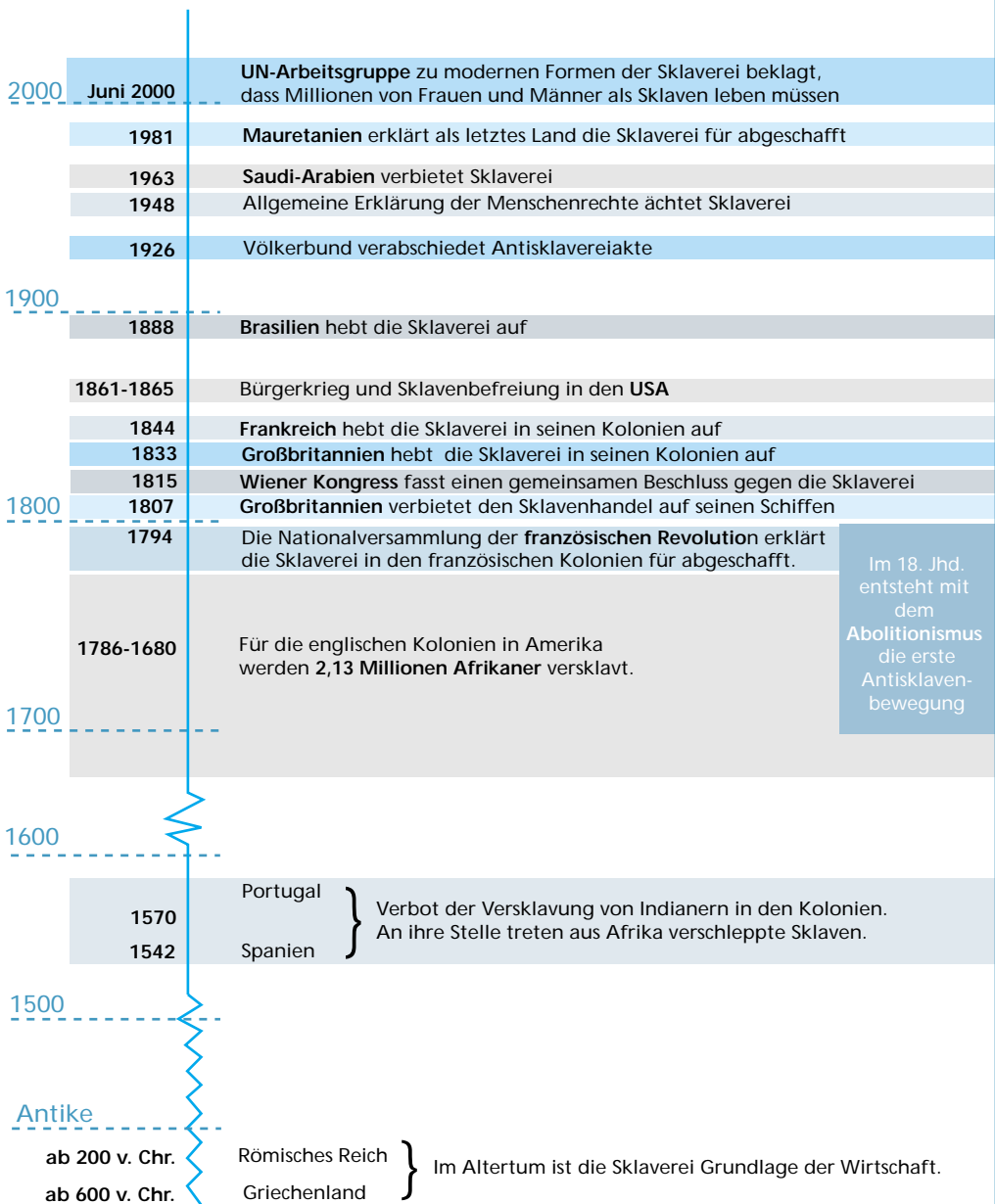
Sklaverei gibt es seit frühester Zeit. Aber erst die griechischen Stadtstaaten machten aus Sklaven eine Ware - ein „lebendiges Eigentum“ (Aristoteles). Seitdem hat die Sklaverei die Entwicklung der menschlichen Zivilisation begleitet. Unumstritten war sie dabei nie.

Einen neuen Höhepunkt erlebte die Sklaverei vom 16. bis 18. Jahrhundert. Als Spanien und Portugal das Versklaven von Indianern in ihren Kolonien untersagten, traten Afrikaner an ihre Stelle. Der mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert entstehende Abolitionismus, die erste Menschenrechtsbewegung überhaupt, konnte mit der Verkündung der allgemeinen Menschenrechte durch die Französische Revolution einen ersten Sieg feiern.

Seitdem wurde die Ächtung der Sklaverei wiederholt bekräftigt. Zu ihrer entgeltlichen Ausrottung hat das nicht geführt. Reste traditioneller Sklaverei haben sich - besonders in Arabien und Nordafrika - bis in die Gegenwart gehalten.

**siehe gegenüberliegende Tabelle*

Der Kampf gegen die Sklaverei ist 200 Jahre nach ihrer Abschaffung noch nicht zu Ende



Quelle: UNO

© epd-Entwicklungspolitik

auch ist die **klassische Sklaverei** noch vorhanden. Ihr liegt das Muster zugrunde, dass ein Mensch (der Herr, die Herrin) die rechtliche Eigentümerschaft an einem anderen Menschen (am Sklaven, an der Sklavin) behauptet. So zum Beispiel im armen westafrikanischen Staat Mauretanien. Dort ist die weiße arabisch-berberische Ordnung völlig geprägt von der Allgegenwart der Sklaverei.

- Den klassischen Formen der Sklaverei am nächsten ist jene Sklaverei, bei der Menschen faktisch wie bewegliches Vermögen behandelt werden, wobei es nicht entscheidend ist, ob hierfür rechtliche Grundlagen geltend gemacht werden. Diese so genannte **„Chattel Slavery“** findet sich heute vor allem in einigen arabischen Staaten und in Westafrika: Menschen geraten durch Geburt, Raub oder Kauf dauerhaft in Sklaverei; Kinder der Sklaven werden wie Eigentum behandelt und können verkauft werden.

- Mit weitem Abstand die häufigste Form heutiger Sklaverei ist die **Schuldknechtschaft**, bei der Menschen ohne oder mit nur geringer Entlohnung zur Begleichung einer tatsächlichen oder behaupteten „Schuld“ arbeiten müssen: Allein in Süd-asien dürfte es zwischen 15 und 20 Millionen Schuldknechte geben, die unter deutlich unterschiedlichen Bedingungen versklavt sind: Manche Formen der Schuldknechtschaft haben viele Elemente klassischer Sklaverei und zwingen zum

Beispiel ganze Generationen in die Knechtschaft. Andere Formen der Schuldknechtschaft berauben die Betroffenen „nur“ für einen kürzeren oder längeren Lebensabschnitt der Freiheit.

- Am raschesten wächst die **„Contract Slavery“**, die sich auf betrügerische Arbeitsverträge gründet. Sie ist die zweithäufigste Form der Sklaverei und vor allem in Brasilien, in einigen anderen latein-amerikanischen Staaten und in Südindien anzutreffen.

- Einen Sonderfall stellt die staatlich **sanktionierte Sklaverei** dar, wie sie in Myanmar anzutreffen ist. Dort hält der Staat Sklaven, um Transport- oder Produktionskosten zu senken. Unter anderem werden nach Angaben des in den USA ansässigen Netzwerkes „Free Burma“ Tausende versklavter Männer, Frauen und Kinder beim Bau einer Erdgas-Pipeline eingesetzt, der in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Ölkonzern Unocal, dem französischen Ölkonzern Total und dem thailändischen Unternehmen PTT Exploration and Production vorangetrieben wird.

- Erschütternd rasch nimmt der **Menschenhandel („trafficking“)** zu. So werden in einigen westafrikanischen Ländern und in der Karibik Kinder als versklavte Hausangestellte hergegeben oder verkauft. Weltweit organisiert ist der moderne menschenverachtende Handel mit Frauen, der zu den lukrativsten Aktivitäten des organisierten Verbrechens gehört.



Foto: Anti-Slavery International

- Sklaverei kann – wenngleich heute eher marginal – eine Folge religiöser Ordnungen sein. Solche **rituelle Sklaverei** gibt es heute zum Beispiel noch in Ghana, wo mehrere Tausend Mädchen und junge Frauen von ihren Familien als Sklavinnen an Priester weitergegeben werden, um für „Sünden“ von Familienmitgliedern zu sühnen. Mit diesen „Sünden“ sind oftmals Vergewaltigungen gemeint, die sich männliche Familienmitglieder zuschulden kommen ließen – und für die jetzt Mädchen und Frauen „büßen“ müssen.

Mauretanien: Sklaven, die keine Sklaven sind und doch Sklaven sind

Im westafrikanischen Mauretanien wurde die Sklaverei gleich dreimal per Gesetz abgeschafft: Im Jahr 1905, dann mit der Unabhängigkeit 1960 und zuletzt 1980. Doch die Realität ist anders: Die vom mauretanischen Polizeistaat bedrohte Organisation entfloherer Sklaven „El Hor“ („Der Freie“) und die Nichtregierungsorganisation „SOS Slaves“ haben nachgewiesen, dass in Mauretanien jene uralte Form der Sklaverei überlebte, bei der Menschen persönliches Eigentum von Menschen sind. So kennen selbst die beiden ethnischen Gemeinschaften der **Soninké** und der **Halpularen**, die vor allem die schwarzafrikanische Minderheit Mauretaniens bilden, sklavereiähnliche Beziehungen zwischen Herren und Knechten. Vor allem die (weißen) Mauren beuten heute im großen Maßstab Sklavinnen und Sklaven aus:

Arbeit ist in Mauretanien zum Großteil Sache der **Haratin**, der schwarzen Sklaven. Diese Gemeinschaft, die 30 bis 40 Prozent der 2,4 bis 3 Millionen Einwohner Mauretaniens stellt, besteht aus den Nachkommen ehemaliger maurischer Sklaven, die im Laufe der Jahrhunderte „befreit“ wurden. Doch der Name Haratin, der wörtlich meint: „einer, der befreit wurde“, täuscht. Die Haratin sind nur auf den Papier Freie. Ein großer Teil von ihnen – manche Schätzungen sprechen von 400.000 – sind noch heute Sklaven der weißen Mauren.

Schon in der Antike lieferten weiße Mauren schwarze Sklaven nach Rom, und in den Jahrhunderten des **transatlantischen Sklavenhandels** bedienten die Mauren die Nachfrage der neuen Herren Amerikas. Zugleich hatten die weitverzweigten Familien der arabischen Mauren seit jeher „ihre eigenen“ Sklaven – und dies im Wortsinne: Nicht selten dienten schon der Vater, Großvater und Urgroßvater eines Sklaven im Haushalt der selben maurischen Familie als Sklave – ohne Lohn, ohne ein Recht auf Freizü-

gigkeit und gänzlich des Rechtes auf Selbstbestimmung beraubt.

Diese Herrschaft der Mauren über die Haratin ist im Laufe der Jahrhunderte so fest verwurzelt, dass sie jede formale Abschaffung überlebt und oft sogar ohne große Gewalt auskommt: Befördert durch islamische Werte, halten sich viele Sklaven für Mitglieder der Familien ihrer Herren. Dort „gehören“ sie hin, Flucht wäre „Sünde“.

Doch nicht nur deshalb laufen so wenige Sklaven ihren Herren weg. Ein entlaufener Sklave hat keine Zukunft in Mauretanien, besitzt er doch weder Land noch Tiere, hat kein Vermögen und kann keine bezahlte Arbeit finden. Jeder Arbeitgeber würde ihn als Sklaven erkennen und fragen: „Wem gehörst du?“ Daher steht für viele entlaufene Sklaven am Ende der Straße in die Freiheit des Wüstenstaates der Hungertod.

Und so bleiben sie Sklaven, die keine Sklaven sind: Die Volkswirtschaft Mauretaniens setzt auf **unbezahlte Sklavenarbeit**: Ohne sie wäre der Versuch, im Jahr der Unabhängigkeit (1960) das winzige Küstendorf Nouakchott zur Hauptstadt zu machen, nicht möglich gewesen. So aber errichteten Sklaven Häuser um Häuser – heute wohnen in der vor allem vom Wüstensand geprägten Hauptstadt mehr als eine halbe Million Menschen. Sklaven als Wasserträger ersetzen fehlende Wasserleitungen. Sklaven arbeiten in den winzigen Geschäften und Handwerksbetrieben. Und Sklaven erlauben den maurischen Herren selbst bei einfachen Geschäften (wie der Belieferung von Haushalten mit Wasser) Profitraten von weit über 200 Prozent. Schätzungen gehen davon aus, dass heute Sklaven rund 12 Prozent des Bruttoinlandproduktes erwirtschaften.

Mauretanien ist mit mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar bis zum Hals verschuldet. Eine rasche Entschuldung ist nötig, sollte aber nur gewährt werden, wenn die Sklaverei abgeschafft wird.

Schuldknechte über Generationen

Khem Ram Labad (im Distrikt Baitadi im äußersten Westen Nepals) hat sein ganzes Leben als Schuldknecht gearbeitet. Auch sein Großvater und sein Vater waren Schuldknechte, und er erbt von seinem Vater eine Schuld in Höhe von 2.500 nepalischen Rupien (rund 75 DM). Er erhält keine Bezahlung, weil er einen winzigen Teil des Landes seines Großgrundbesitzers nutzen darf. Wie sein Großvater und dann sein Vater hofft auch er, dass ihm der Großgrund-

besitzers eines Tages dieses Stückchen Land überschreiben wird.

„Jetzt habe ich die wirkliche Höhe meiner Schulden vergessen, ich weiß nicht, wie viel Geld ich mir im Leben lieh, um Lebensmittel und Kleidung zu kaufen. Es mögen wohl mehr als 50.000 Rupien (etwa 1.500 DM) sein.“

Er, seine Frau, vier Söhne und drei Schwiegertöchter hausen in einem Kuhstall des Großgrundbesitzers.

Schuldknechtschaft zwischen alter und neuer Sklaverei

Schuldknechtschaft hat eine lange Geschichte. Nach Abschaffung der traditionellen Sklaverei diente sie Kolonialherren und einheimischen herrschenden Schichten, Arbeitskräfte für Plantagen in Afrika, der Karibik und Südostasien zu beschaffen. Heute ist Schuldknechtschaft die häufigste Form von Sklaverei im 21. Jahrhundert: Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu gegenwärtigen Formen der Sklaverei schätzte 1999, dass mehr als 20 Millionen Menschen in aller Welt in Schuldknechtschaft gefangen sind. Allein in Indien soll es zehn Millionen Schuldknechte geben. Auch in Pakistan, Nepal und Bangladesch ist Schuldknechtschaft verbreitet.

Schuldknechte müssen zur **Rückzahlung eines Darlehens** arbeiten – oft sieben Tage in der Woche. Sie erhalten keinen oder nur einen sehr geringen Lohn, und der Wert ihrer Arbeitsleistung übersteigt die Höhe des Darlehens um ein Vielfaches. Theoretisch endet Schuldknechtschaft mit der Rückzahlung des Darlehens. Eine solche Rückzahlung ist jedoch oft erst nach vielen Jahren oder überhaupt nicht möglich. Niedrige Löhne, zahlreiche Lohnabzüge (etwa als Strafe für angeblich schlechte oder zu langsame Arbeit oder als Bezahlung für Unterkunft und Verpflegung) sowie Wucherzinsen führen dazu, dass eine Tilgung des Darlehens nahezu unmöglich wird.

Nicht selten kommt es zur Verpfändung der Arbeitskraft der gesamten Familie, und mitunter sind mehrere Generationen in Schuldknechtschaft gezwängt. Dies ist nicht selten in der Landwirtschaft Südasiens der Fall, wo häufig ein Vater oder Großvater ein Darlehen aufgenommen hat.

Zum Beispiel: Indien

Auf dem indischen Subkontinent ist Schuldknechtschaft fest im **Kastensystem** verwurzelt und wuchert in feudalen Agrarbeziehungen: Die mehr als zehn Millionen indischer Schuldknechte schuften fast in allen Wirtschaftsbereichen, vor allem aber in der Landwirtschaft. Allein auf indischen Teeplantagen sollen 1,2 Millionen Schuldknechte ausgebeutet werden. Schuldknechte stellen Feuerwerkskörper her, arbeiten in Ziegeleien oder in Steinbrüchen. Sklavinnen fristen in Haushalten von Großgrundbesitzern ein kümmerliches Dasein. Ihre Arbeitsbedingungen sind grausam. So wurden im Juni 2000 fünf Personen im Alter zwischen 20 und 58 Jahren gefunden, die in einem Steinbruch im südindischen Bundesstaat Karnataka angekettet waren. Oft werden sie geschlagen, selten haben sie ausreichend zu essen. Schwere Arbeitsunfälle sind häufig.

Von Schuldknechtschaft betroffen sind in Indien **viele Kinder**. Meist des Lesens und Rechnens unkundig, können die Kinder von ihren Arbeitgebern leicht betrogen werden, vor allem dann, wenn

Geldverleiher die Kinder als Schuldknechte Gewinn bringend an weit vom Heimatort der Kinder entfernte Arbeitgeber verkaufen. In solchen Fällen kennen die Eltern oft den genauen Aufenthaltsort ihrer versklavten Kinder nicht und haben daher keine Möglichkeit, mit dem Arbeitgeber ihrer Kinder direkt zu verhandeln.

Jahrzehntelang leugnete die indische Regierung das Problem der Schuldknechtschaft oder versuchte, dieses zumindest herunterzuspielen. Doch spätestens seit Beginn der 1980er Jahre sorgten indische Nichtregierungsorganisationen – zum Teil mit spektakulären Aktionen zur **Befreiung von Sklaven** – dafür, dass zunächst die indische Öffentlichkeit und dann zumindest Teile der Weltöffentlichkeit auf den Skandal der Schuldknechtschaft aufmerksam gemacht wurden.

Die indische Regierung reagierte unsicher: Einerseits sah sie sich gezwungen, ihre bisherige Haltung aufzugeben. Andererseits fürchtete sie sich vor den ökonomischen und sozialen Kosten einer (völligen) Aufhebung der Schuldknechtschaft: Der indische Staat muss jedem befreiten Sklaven eine Entschädigung von 10.000 Rupien zahlen (etwa 500 DM) – bei mehr als zehn Millionen Schuldknechten ergibt das eine potentielle Entschädigungssumme von rund fünf Milliarden Mark. Hinzu kam die Sorge vor politischen Folgen, da eine Aufhebung der Schuldknechtschaft das Kastensystem nachhaltig destabilisieren würde – und daran haben die politisch einflussreichen oberen Kasten kein Interesse.

Auch die Regierungen der anderen südasiatischen Länder mit verbreiteter Schuldknechtschaft rea-

Nepal: In Schuldknechtschaft gezwängt

Unter Schuldknechtschaft leiden in Nepal vor allem zwei Gruppen, **die Dalits** (oft als „Unberührbare“ bezeichnet) und **die Tharu**, eine indigene Gemeinschaft im äußersten Westen Nepals. In den neunziger Jahren schätzten Studien, dass zwischen 70.000 und 100.000 Tharu als Schuldknechte in der Landwirtschaft ein kümmerliches Dasein fristen mussten. Dieses System landwirtschaftlicher Sklaverei wird **Kamaiya** genannt.

Herr Chaudhari ist ein Schuldknecht und gehört zu den **Kamaiyas** des Geta Dorftwicklungsausschusses, die ihren Sklavenhalter Shiva Raj Pantha verklagt haben. Dieser Sklavenhalter, ein ehemaliger nepalischer Minister, ist ein einflussreicher Großgrundbesitzer im Bezirk Kailali. In seiner Zeugenaussage berichtet Herr Chaudhari von einem Vorfall, der sich ereignete, als sein damals acht- oder neunjähriger Sohn Kühe hütete:

„Als er sie von der Weide zurücktrieb, fehlte eine Kuh. Der Großgrundbesitzer fragte, wo sie geblieben sei. Obgleich B. R. [der Sohn Chaud-

haris] sagte, sie werde noch kommen, schlug Shiva Raj Pantha so brutal auf uns beide ein, dass unsere Rücken noch Wochen später mit Blutergüssen übersät waren. Wir konnten kaum noch arbeiten. Von da an zwang Shiva Raj Pantha B. R., die Kühe ohne jede Entlohnung zu hüten.“

Die Schuldknechte, die ihren Sklavenhalter Shiva Raj Pantha gerichtlich verklagt haben, verlangten **Freiheit von der Sklaverei**, einen existenzsichernden Mindestlohn, Entschädigung für unbezahlte Arbeit, Eintragung des Landes, auf dem sie zurzeit leben, auf ihre Namen und Schutz vor gewalttätigen Übergriffen ihres Großgrundbesitzers.

Der nepalische Minister für Landreform erklärte daraufhin im Juli 2000, dass die Schuldknechtschaft unverzüglich abgeschafft werden würde. Nach Angaben von „Anti-Slavery International“ wird derzeit ein Gesetzentwurf vorbereitet, um diese Absichtserklärung Gesetz werden zu lassen.

gierten wie die indische. Erst in jüngster Zeit erklärte die pakistanische Regierung der Schuldknechtschaft den Krieg. Konkrete und effektive Schritte blieben bislang jedoch aus.

Zum Beispiel: Dominikanische Republik

Ein Beispiel für Schuldknechtschaft in Lateinamerika ist das Schicksal von Wanderarbeitern aus Haiti, die in der benachbarten Dominikanischen Republik auf Staatsplantagen Zuckerrohr schneiden. Die Mehrheit der rund 300.000 Arbeiter auf den Zuckerplantagen sind „illegale“ Wanderarbeiter aus Haiti. Diese „**braceros**“ müssen sich, in der Grenzregion Haitis zur Dominikanischen Republik angeworben, für rund 90 Mark ein Dreimonatsvisum kaufen – und dafür ein Darlehen nehmen: Der Kreislauf der Schuldknechtschaft beginnt. Nach drei Monaten müssten sie zurück nach Haiti reisen, sich ein neues Visum kaufen und dann auf die Plantage zurückkehren. Doch dafür fehlt ihnen das Geld.

Erstens liegt der Lohn für das mühsame Schneiden des Zuckerrohres nur knapp über dem Existenzminimum, und zweitens erhalten die Arbeiter in den ersten drei Monaten den Lohn nicht ausbezahlt. Die Lohnauszahlung wird auch sonst oft verzögert, beträchtliche Abzüge sind die Regel. Außerdem werden die Arbeiter im Akkord bezahlt – für jede Tonne Zuckerrohr erhalten sie umgerechnet rund sechs Mark – und werden beim Wiegen der Ernte oft betrogen. Hinzu kommt, dass die Arbeiter auf den Staatsplantagen häufig kein Bargeld erhalten, sondern **zwei Arten von Gutscheinen**: Die so genannten „Tickets“ können nur in Bargeld mit einem Verlust von 20 Prozent umgetauscht werden. Die „Coupons“ dienen ausschließlich zum Einkauf bei Geschäften, die der Vorarbeiter auf der Plantage benennt – und in diesen Geschäften sind die Preise weit überteuert. Angesichts dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, dass den Arbeitern das Geld fehlt, um sich ihr Visum in Haiti verlängern zu lassen. So bleiben sie also auch nach Ablauf des Visums auf den Plantagen, werden damit zu „**Illegalen**“ und in der Folge zur leichten Beute der Schuldknechtschaft.

“*Man glaubt allgemein, dass Sklaverei nicht mehr existiert. Das ist aber leider nicht wahr – ganz im Gegenteil: die ungeheuerliche Ausbeutung der Schwachen und Machtlosen wuchert üppiger den je, in unserer Zeit, heute. Wie kann dies sein in unserer High Tech-Welt?*“

Erzbischof Desmond Tutu, Südafrika,
November 1999

Contract Slavery: Betrügerische Verträge

„Contract Slavery“ ist die Form heutiger Sklaverei, die sich am schnellsten ausbreitet: Skrupellose Mittelsmänner werben mit betrügerischen Verträgen Menschen in Not an: Frauen, die in die großen Städte gezogen sind, um irgend eine Arbeit zu finden, illegale Wanderarbeiterinnen, Männer auf der verzweifelten Suche nach einem Job: Sie alle greifen nach dem **verlockenden Vertrag** wie nach einem Strohalm – und unterschreiben nahezu alles. In der Regel wird ihnen dabei ein Arbeitsplatz in weit entfernten Landesteilen oder in einem anderen Land angeboten. Zur Begleichung der Reisekosten nehmen sie Darlehen auf, die ihnen Mittelsmänner großzügig anbieten.

Hierbei erfüllen die **betrügerischen Verträge** eine doppelte Funktion: Sie sind Falle und Instrument zugleich zur Verheimlichung der Sklaverei, und sie sind unverzichtbare Grundlage für die **neue Globalisierung der Sklaverei**: Sie erleichtern nicht nur die Einfuhr von Sklaven (etwa von philippinischen Frauen) in Länder, die der Sklaverei kaum Grenzen setzen (wie zum Beispiel Saudi Arabien), sondern auch in Länder, die Sklaverei scharf verfolgen: So erlaubt es das britische Einwanderungsrecht unter bestimmten Bedingungen, Hausangestellte bei der Einreise (sei es für einen begrenzten oder unbegrenzten Aufenthalt) mitzubringen, und dieses Recht kann mithilfe betrügerischer Arbeitsverträge leicht missbraucht werden (nicht zuletzt deshalb, weil die meisten Sklavinnen kein Englisch sprechen können). **So haben aller rund 1.000 Sklavinnen in London „Arbeitsverträge“, die von der Einwanderungsbehörde anerkannt wurden.**

Brasilien: Sklaven auf Zeit im Dienst der Moderne

“... ein vollkommenes Beispiel der neuen Sklaverei: gesichtslos, zeitlich begrenzt, höchst profitabel, vor dem Gesetz versteckt und vollständig gnadenlos“

Kevin Bales

Einige hundert Kilometer nördlich von Rio de Janeiro, im Bergbau- und Stahlrevier des brasilianischen Bundesstaates **Minas Gerais**, warten in den Slums Menschen auf Zukunft. Zumindest in dürrtiger Gestalt scheint sie zu kommen, wenn ein Werber Arbeit anbietet. Tausend Kilometer westlich im Bundesstaat Mato Grosso do Sul gebe es ausreichend zu essen und guten Lohn. Jeden Monat führen Lastwagen zurück nach Minas Gerais, so dass die Arbeiter ihre Familien besuchen könnten.

Mitunter gibt der Werber den Arbeitern Geld, damit ihnen ihre Familien Verpflegung für die weite Reise besorgen. Lange muss der Werber nicht warten, bis sich sein Lastwagen mit Arbeitswilligen füllt. Beim Auftanken dürfen die Männer ins Cafe an der Tankstelle – auf Rechnung des Werbers. Die Arbeiter, ausgehungert wie sie sind, essen so viel sie nur können. Weiter geht die Fahrt nach Westen, ans Ende der Welt. Längst liegen die letzten Bauernhöfe achtzig, hundert Kilometer zurück.

Da taucht in der Ferne ein Lager auf, hingeduckt im schweren Rauch brennender Öfen, mitunter bewacht von Männern mit Gewehren. Im Lager huschen Schemen durch den beißenden Nebel, wie Geister, ausgezehrt Arbeiter: Muskeln, Knochen und Brandwunden. Überall Brandwunden. Und Schweiß. Die Hitze ist unerträglich: Statt Zukunft wartet auf die Männer aus den Slums die Hölle, einem Konzentrationslager gleich. Sie sitzen in der Falle.

Angelockt von einem „gato“ („Katze“) – so werden die Werber genannt – sind sie in einer „batteria“ gelandet, einem Lager am Rande der Eukalyptuswälder, das für zwei oder drei Jahre zur Gewinnung von Holzkohle aufgeschlagen wurde: Zwanzig, vierzig, hundert Öfen stehen in Reih und Glied (daher der Name „batteria“), und an jedem Ofen arbeiten acht bis vierzig Arbeiter, verbrennen das Holz der Eukalyptusbäume.

Tag und Nacht müssen die Öfen brennen, Tag und Nacht ätzt der ölhaltige Rauch der brennenden Eukalyptusstämme Augen, Nasen und Rachen. Tag und Nacht müssen die Arbeiter dafür sorgen, dass die Luftzufuhr der Öfen weder zu groß noch zu gering ist. Nur dann entsteht Holzkohle, die für die Hochöfen im Bergbau- und Stahlrevier von Minas Gerais taugt – und Stahl wird dringend gebraucht zur Herstellung von Autos und vieler moderner Produkte. **Doch hier, in den „batterias“, ist die Sklaverei vergangener Jahrhunderte in gewandelter Form für einige Zeit wiedererstanden – im Dienst der Moderne.**

Angekommen im Lager, zerplatzen die letzten Hoffnungen: Der „gato“ hatte wohlweislich Personalausweise und Arbeitsnachweise vor der Abfahrt einbehalten – mit der Ausrede, noch einige Formalitäten seien zu erledigen. Ohne Arbeitsnachweis, die der Arbeitgeber gegenzeichnet und damit ein Arbeitsverhältnis rechtmäßig besiegelt, kann niemand in Brasilien reguläre Arbeit finden. Ohne Personalausweis kann niemand zur Polizei gehen, um Anzeige zu erstatten: Mit den Dokumenten hat der „gato“ die Arbeiter in der Hand. Doch es kommt noch schlimmer: Bei der Ankunft im Lager teilt der „gato“ – der sich jetzt zu-

gleich als Verwalter der „batteria“ zu erkennen gibt – den Erschrockenen mit, sie seien bei ihm hoch verschuldet. Sie müssten die Gebühr für den Transport, das im Slum verteilte Geld für den Einkauf von Verpflegung und den Betrag für die Rechnung im Cafe an der Tankstelle zurückbezahlen. Und deshalb würden sie zunächst für ihre Arbeit keinen Lohn erhalten. Hinzu kämen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung – angesichts der Bedingungen im unglaublich verdreckten Lager, jeder Beschreibung spottend, ein Hohn.

Und so werden die Angelockten zu Schuldknechten, zu Sklaven. Mitunter lockt sie der „gato“ mit dem Versprechen, bald würden sie Lohn erhalten. Das gibt den Verzweifelten Hoffnung, sie bleiben. Doch sie sehen kein Geld. Und bleiben trotzdem. Wie denn auch fliehen vom Ende der Welt? Sie einzufangen, wäre ein Leichtes. Vor allem aber sind sie gebunden durch ihr Ehrgefühl: Nie würden sie gehen, ohne ihre „Schulden“ zurückbezahlt zu haben. Berichtet wird von einem Arbeiter, der das Lager wegen einer Beerdigung verließ – und freiwillig zurückkehrte, da er seine „Schulden“ noch nicht beglichen habe. Diese Mischung aus Zwang, Hoffnungslosigkeit und Hoffnung, aus tief sitzendem Ehrgefühl und Ferne menschlicher Zivilisation hält die Sklaven im Lager. Oft kommen daher „batterias“ ohne Bewachung aus, kann es sich der „gato“ gar leisten, nur alle zwei bis drei Tage im Lager nach dem Rechten zu sehen. Kommt es dann aber doch zu Protesten und Unruhen, sind die „gatos“ schnell zur Ausübung von Gewalt bereit.

Sicher gibt es Ausnahmen, „batterias“, die den Arbeitern – wenngleich extrem niedrige – Löhne zahlen. Doch weit überwiegend

sind die Lager Stätten befristeter Sklaverei: Nach zwei, spätestens drei Jahren ist der Wald abgeholzt, das Lager wandert weiter – mit neuen Arbeitern. Denn die alten sind verbraucht, kaputt, werden entlassen, ausgespuckt. Oft schaffen die Männer, wieder frei, aber völlig mittellos und teilweise schwer krank, den Weg nicht mehr zurück nach Minas Gerais. Sie bleiben irgendwo am Rande des Verhungerns hängen, um am Ende zu versuchen, sich erneut, freiwillig und diesmal wissend in die Sklaverei zu begeben.

Doch auch der „gato“ ist nicht frei. Denn die Waldbesitzer oder ihre Agenten entlohnen den „gato“ miserabel – in der Regel erhält er nicht mehr, als den Arbeiter in den „batterias“ offiziell zustünde (striche nicht der „gato“ den Lohn für sich ein). Die Besitzer und ihre Agenten halten die „gatos“ am Rande des Existenzminimums. Und würde ein „gato“ faire Löhne bezahlen, könnte er nicht überleben. Das macht die „gatos“ zu **Sklavenhaltern auf Zeit**. Die eigentlichen Herren aber, oft Verantwortliche großer Unternehmen, denen die Wälder gehören, streichen unerhörte Profite ein. Selbst eine kleine „batteria“ wirft bis zu 200.000 Mark Reingewinn pro Jahr ab, und in der Regel besitzen die Eigner der Wälder viele solcher „batterias“. Doch sie – darauf angesprochen, dass sie ihre Profite grausamer Sklaverei zu verdanken sind – lehnen jede Verantwortung ab. Sie reagieren entrüstet, und wenn sich die Wahrheit nicht mehr leugnen lässt, kündigen sie an, die Schuldigen zu bestrafen.

Nach Kevin Bales (1999): Disposable People. New Slavery in the Global Economy, University of California Press Berkeley/Los Angeles and London

Menschenhandel ohne Grenzen

Schuldknechtschaft und „Contract Slavery“ bilden ein **zentrales Rückgrat des globalisierten Menschenhandels**, dem jährlich zwischen 700.000 und zwei Millionen Kinder und Frauen neu zum Opfer fallen. So wächst in Süd- und Südostasien nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation der Kinderhandel dramatisch, da in den betroffenen Ländern entweder bestehende Gesetze nicht wirksam angewandt werden oder notwendige Gesetze zum Schutz der Kinder (und Frauen) vor dem Menschenhandel („**trafficking**“) fehlen. Lediglich die Gesetze Thailands entsprechen internationalem Standard. In der Regel aber endet (juristisch) Kindheit unter 18 Jahren, so dass zum Beispiel Siebzehnjährige keinen besonderen Schutz mehr genießen und leichter Beute des Sex-Handels werden können, als wenn sie noch im juristischen Sinne „Kind“ wären. Illegal ins Ausland verbrachte Kinder werden von den Behörden eher als „illegale Ausländer“ behandelt denn als Opfer von Verbrechen. Nicht zuletzt sind im Kinderhandel nicht selten korrupte Beamte, Polizisten und Soldaten aktiv.

Längst bezieht der globale Kinder- und Frauenhandel die USA und die Europäische Union als Zielregionen ein – dort winken besonders hohe Gewinne: Anfang April 2000 berichtete die New York Times, der US-amerikanische Geheimdienst habe herausgefunden, dass jährlich 50.000 Kinder und Frauen in die USA verschleppt würden – sie verschwand in der Prostitution, im Kleingewerblichen informellen Sektor oder als Hausklaven in privaten Haushalten.

Dass es sich hierbei um Sklaverei handelt, macht bereits der Titel der (unveröffentlichten, aber der New York Times zugespielten) Studie deutlich, sie heißt: „**Internationaler Handel von Frauen in die USA: Eine gegenwärtige Form der Sklaverei**“. Nach dieser Studie seien die jüngsten der gehandelten und versklavten Kinder gerade einmal neun Jahre alt gewesen! Auf Grundlage dieser Studie kann geschätzt werden, dass heute in den USA Hunderttausende moderner Sklaven ausgebeutet werden. Manche wurden mit Gewalt ver-

schleppt. Häufiger kamen sie freiwillig, angelockt mit betrügerischen Arbeitsverträgen: Viele Frauen hätten auf Zeitungsinserate geantwortet, mit denen nicht-existierende Stellen angeboten worden seien. Ein Teil der in die USA verbrachten Frauen wird dann ins Ausland weiterverkauft. Die Herkunftsländer sind laut Geheimdienst Thailand, Vietnam, China, Mexiko, Russland und die Tschechische Republik.

“Sonderangebot des Monats:
Statt für US-\$ 2.000 liefern wir ein Mädchen aus Sri Lanka für nur US-\$ 1.111“

Aufschrift auf einem Werbebanner in der Innenstadt von Beirut, 1998

Auch eine Studie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Auftrag der Kommission der Europäischen Union zeigt ein erschreckendes Bild. Danach werden in Westeuropa bis zu 500.000 Frauen gegen ihren Willen zur **Prostitution** gezwungen. Sie stammen weit überwiegend aus Osteuropa. Dieser Handel mit Frauen wirft Millionen ab, Interpol schätzt, dass ein Zuhälter jährlich etwa 210.000 Mark an einer Prostituierten verdient.

Dabei zeichnet sich der **moderne Frauenhandel** durch einen folgenreichen Formwandel aus. Darauf verwies die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenrechte des Europaparlamentes, **Nel van Dijk**, im Jahr 1998: „*In den meisten europäischen Ländern ist Frauenhandel nicht mehr identisch mit Prostitution. Frauen werden auch für andere Formen sexueller Ausbeutung gehandelt, sie werden gehandelt zum Zwecke der Zwangsverheiratung oder als Sklavinnen für private Haushalte*“.

Die Profite sind hoch, die Risiken gering: Die Strafverfolgung der Menschenhändler und der Sklavenhalter gestaltet sich in vielen Ländern der Europäischen Union schwierig, da nämlich – wie etwa in Frankreich – Sklavenhalterei kein Tatbestand des Strafgesetzbuches ist (nicht, weil der Gesetzgeber Sklaverei nicht für strafbar gehalten hatte, sondern weil er sich nicht vorstellen konnte, dass Sklaverei

Forts. S. 14



Seba – eine afrikanische Sklavin in Paris

Seba wächst bei ihrer Großmutter in Mali auf. Eines Tages bietet eine Bekannte an, das junge Mädchen mit nach Paris zu nehmen. Dort könne sie zur Schule gehen und Französisch lernen. Doch in Paris wartet auf Seba keine Ausbildung, in Paris wartet Ausbeutung: Im Haus ihrer Bekannten muss sie von sieben Uhr in der früh bis elf Uhr in der Nacht arbeiten, sieben Tage in der Woche. Sie ist als „Hausangestellte“ für so ziemlich alles zuständig, vom Abwasch bis zur Versorgung der Kinder.

Eines Tages bittet Seba, in die Schule gehen zu dürfen. Doch ihre Bekannte lehnt harsch ab. Seba wird krank, Zahnschmerzen quälen sie, ihre Backe schwillt an. Bauchschmerzen drücken. Seba weint vor Schmerzen. Sie darf nicht zum Arzt, wird von ihrer Herrin nur angebrüllt. Schlafen muss sie in einem Kinderzimmer auf dem Fußboden, essen darf sie, was die Kinder übrig lassen. Aus dem Kühlschrank darf sie nichts nehmen. Versucht sie es doch und wird erwischt, erhält sie gnadenlos Prügel. Sie wird oft geschlagen, hat Narben am Körper.

Einmal, im Jahr 1992, ist Seba zu spät losgegangen, um die Kinder von der Schule abzuholen. Ihre Herrin und ihr Mann schlagen sie zusammen und werfen sie auf die Straße. Zielloos irrt sie umher. Ihrer Herrin

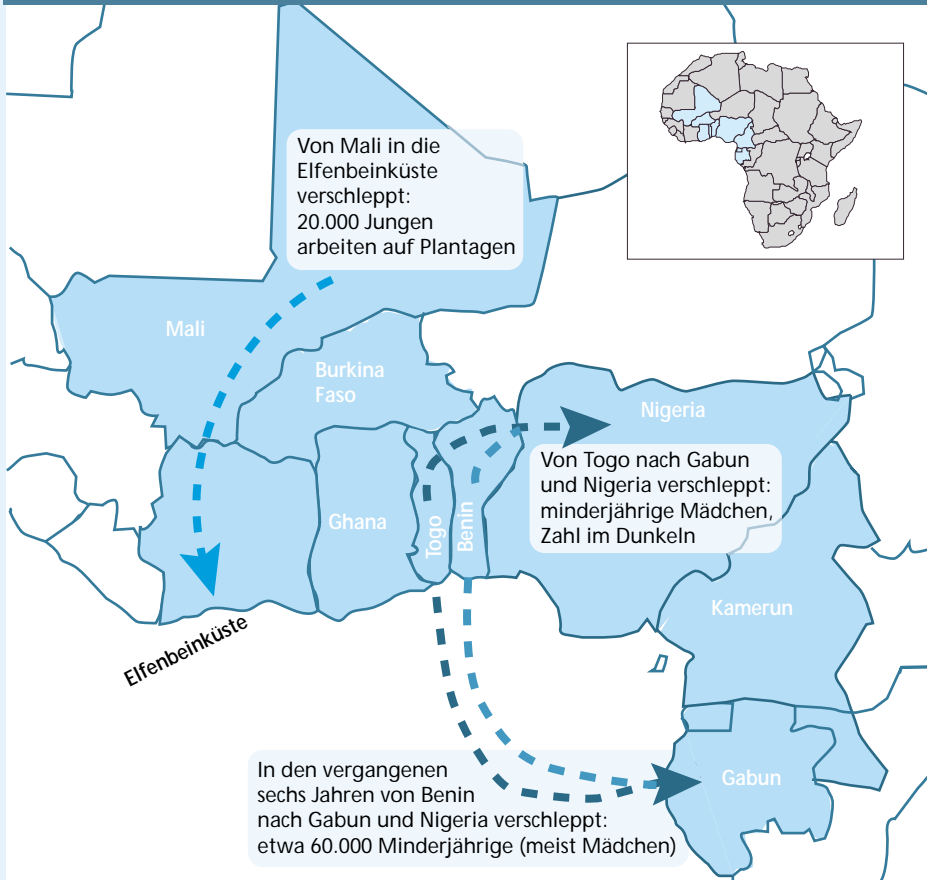
Mann findet sie, schleppt sie zurück in sein Haus. Dort wird sie ausgezogen und festgebunden. Ihre Herrin und deren Mann schlagen sie mit Drahtbesen. Seba blutet, schreit. Ihre Peiniger reiben Pfeffer in die Wunden und in die Vagina. Seba wird ohnmächtig.

Eines der Kinder findet Seba, bindet sie los. Doch niemand versorgt ihre Wunden. Seba wird in der Wohnung eingesperrt. Ein Nachbar hört die Schreie, ruft die Polizei: Seba wird befreit. Sie ist mittlerweile ungefähr 20 Jahre alt. Doch sie denkt wie eine Fünfjährige. Sie hat kein Zeitgefühl, weiß Tage, Monate und Jahre nicht zu unterscheiden. Sie kennt nur Aufstehen, Arbeiten, Schlafen. Wie alt sie ist, weiß sie nicht.

Wäre Seba ein Einzelfall, wäre dies schockierend genug. Doch Seba ist nur eine von vermutlich 3.000 Sklavinnen, die alleine in Haushalten meist afrikanischer und asiatischer Diplomaten, Wirtschaftsvertreter in Paris arbeiten. Und solche Haussklavinnen gibt es nicht nur in Paris. Auch in London – dort sollen rund 1.000 Sklavinnen in privaten Haushalten leben –, New York, Los Angeles oder sonst wo in der Welt werden versklavte Mädchen und Frauen wie Seba geschunden.

Nach Kevin Bales (1999): Disposable People. New Slavery in the Global Economy, University of California Press Berkeley/Los Angeles and London

In Westafrika floriert der Kinderhandel



Zehntausende Kinder werden in Westafrika verkauft und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Kinderhilfswerks terre des hommes. Ein lebhafter grenzüberschreitender Handel mit Kindern existiert danach besonders auf zwei Routen: Jungen aus Mali werden auf Plantagen der Elfenbeinküste geschafft und dort als Zwangsarbeiter festgehalten. Mädchen aus Benin und Togo arbeiten zu Tausenden in Privathaushalten in Gabun und Nigeria. Viele Kinder verlieren den Kontakt zu ihren Familien. Eine Rückkehr scheitert meist schon am fehlenden Geld. Der westafrikanische Kinderhandel ist ein neues Phänomen. Er zeigt, wie eine sinnvolle Tradition sich unter den Bedingungen großer Armut ins Gegenteil verkehren kann. In Benin etwa wurden Kinder schon immer aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen zu Verwandten geschickt. Aus dem Brauch ist in den vergangenen Jahren ein kriminelles Geschäft geworden.

Forts. von S. 11

jemals zu einem Tatbestand im Geltungsbereich seiner Gesetze werden könnte). Deshalb müssen anwendbare Straftatbestände gefunden werden, die aber – wie etwa Freiheitsberaubung – mitunter nur schwer nachzuweisen sind. Und so kommt es nicht selten vor, dass sich selbst in der Europäischen Union Strafprozesse gegen Menschenhändler und Sklavenhalter (die sich womöglich teure Anwälte leisten) quälend lange hinziehen.

Trafficking – Kinderhandel in Afrika

In Afrika gerät eine **neue Form des Kinderhandels** in den Blick, die an Traditionen anknüpft und diese angesichts des Zusammenbruches überkommener sozialer Ordnungen für verbrecherischen Kinderhandel großen Stils ausnutzt: Rasch wächst der grenzüberschreitende Handel mit Kindern aus Benin in den Kongo, nach Gabun, Nigeria, Kamerun und in die Elfenbeinküste.

Traditionellerweise wurden in Benin Kinder aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen oft zu Verwandten in der Nähe oder Ferne geschickt und häufig auch – gegen einen Geldbetrag – als Arbeitskräfte ausgeliehen. Dieses als „**vidomégon**“ bezeichnete System wird heute in Benin völlig durch Armut entstellt. Längst werden Kinder ländlicher Familien nicht nur zu Verwandten gegeben, sondern auch zu Fremden geschickt. Längst auch hat der organisierte Kinderhandel seine Chance wahrgenommen:

Anfang 2000 vorgelegte Studien zeigen das Ausmaß dieses bedrückenden Geschäftes: Rund 50.000 Kinder aus ländlichen Gegenden Benins arbeiten im Ausland, das sind rund acht Prozent der Kinder in den betroffenen Regionen. Die Gesamtzahl der verkauften Kinder dürfte bei 80.000 liegen. Von diesem Kinderhandel profitieren die Netzwerke der Händler ebenso wie Plantagenbesitzer und private Haushalte, **für sie ist „trafficking“ ein normales Geschäft**: Die Eltern haben dringend benötigtes Geld erhalten. Die Händler haben den Transport der Kinder organisiert und finanziert – und deshalb haben sie ein

Recht darauf, bezahlt zu werden. Die Plantagenbesitzer haben den Händlern für rund 600 DM bis 900 DM ein Kind abgekauft und sorgen für dessen Unterkunft, Verpflegung und Kleidung – da ist es nach ihrer Ansicht nur recht und billig, wenn jetzt die Kinder als Schuldknechte arbeiten.



Zivilgesellschaftliches Engagement

Trotz beeindruckender **rechtlicher Regelungen** konnte nicht verhindert werden, dass Sklaverei und Zwangsarbeit am Beginn des 21. Jahrhunderts in erschreckendem Ausmaße zunehmen. Rechtliche Regelungen reichen also nicht aus, sie sind dennoch unverzichtbar. Daher muss dringend gefragt werden, wie bestehende Regelungen auch durch **völkerrechtlich verbindliche Verfahrensvorschriften** wirksam umgesetzt und – sofern erforderlich – ergänzt werden können.

- Kurzfristige Lösungen gibt es nicht. Allerdings zeigt eine Reihe von **Beispielen**, dass und wie **zivilgesellschaftliche Aktivitäten erheblich zur Abschaffung von Sklaverei und Zwangsarbeit** beitragen können. So haben in Südasien (und hier vor allem in Indien) Nichtregierungsorganisationen mit spektakulären Befreiungen von Sklaven das Interesse der nationalen und der internationalen Öffentlichkeit erregt – mit der Folge, dass sich Regierungen und Behörden wenigstens teilweise zum Handeln veranlasst sahen. Als es zum Beispiel Anfang 1997 im Süden des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu zu schweren „Kastunenruhen“ kam, machten Nichtregierungsorganisationen darauf aufmerksam, dass diese Unruhen ein Aufstand von Schuldnechten waren. Mit Hilfe der Medien konnten so Regierung und Behörden zum Einschreiten gezwungen werden.

● Von besonderer Bedeutung sind **zivilgesellschaftliche und politische Initiativen in den Industrieländern:**

So startete die britische Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery International gemeinsam mit amnesty international Anfang 2000 Aktionen zur Unterstützung der indischen Menschenrechtsorganisation Volunteers for Social Justice, die wegen ihrer Sklavenbefreiungen Übergriffen von indischen Großgrundbesitzern aus-

gesetzt war. In der Folge kam es zu einer Anfrage im britischen Unterhaus. Die britische Regierung trug den Fall der indischen Menschenrechtskommission und der Regierung des betroffenen Bundesstaates Punjab vor. Jetzt sah sich die Regierung des Punjab zum Handeln veranlasst, und die Polizei begann, gegen Sklavenhalter vorzugehen.

● Ein weiteres Beispiel für Erfolg versprechende Aktivitäten sind **Briefaktionen**, wie sie seit Jahren von Anti-Slavery International organisiert werden: Einzelne, Gruppen, Organisationen, Kirchengemeinden und Politiker schreiben an Regierungen von Ländern mit Sklaverei und fordern Aktivitäten zur Befreiung bestimmter Gruppe von Sklaven.

Eine dieser Briefaktionen forderte 1998 und 1999 die Befreiung der Kindersklaven auf den indonesischen Fischfangplattformen (den „Jermals“) – mit dem Erfolg, dass die indonesische Regierung unverzüglich Maßnahmen einleitete.

Im Juni 1999 wurde ein Video von Anti-Slavery International über Kinder als Hausklaven auf den Philippinen in mehreren Sendungen des philippinischen Fernsehens gezeigt, zugleich griff eine Briefaktion das Los der versklavten Kinder auf. Es kam zu Beratungen im philippinischen Parlament, und



Foto: Anti-Slavery International

bereits im September 1999 legte die Regierung der Philippinen einen einschlägigen Gesetzentwurf vor.

Im Juni und Juli 2000 unterstützte eine Briefaktion Proteste nepalischer Schuldknechte – und wiederum sah sich eine Regierung zum Handeln veranlasst. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten konnten also mit dazu beitragen, dass Regierungen und Behörden aktiv wurden – auch wenn natürlich noch nicht abgeschätzt werden kann, wie dauerhaft und relevant ihre Aktivitäten sind.

Angesichts solcher Erfahrungen hat **Anti-Slavery International** die Europäische Aktion gegen Sklaverei und Zwangsarbeit angeregt. Diese Aktion wird unter anderem mitgetragen vom **Internationalen Bund Freier Gewerkschaften** (ICFTU) und dem europäischen Netzwerk **Solidar** mit 23 Mitgliedsorganisationen in 15 europäischen Ländern, in dem Nichtregierungsorganisationen in der Tradition der (früheren) Arbeiterbewegungen und im Umfeld der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zusammengeschlossen sind. In Deutschland bemüht sich die Werkstatt Ökonomie e.V. (Heidelberg) um den Aufbau einer Trägerstruktur.

Klaus Heidel

H I N W E I S E 

▼ LITERATUR

- 1) terre des hommes Deutschland e.V./Ina Nagel (Januar 2000): **Kinderhandel in Westafrika**. Bericht einer Recherche zum Thema, Osnabrück (Die Studie ist auch über die WebSite von terre des hommes beziehbar.)
- 2) Kevin Bales (1999): **Disposable People. New Slavery in the Global Economy**, University of California Press Berkely/Los Angeles and London (Kevin Bales Standardwerk über moderne Sklaverei liegt nicht in deutscher Übersetzung vor, es ist aber Pflichtlektüre für alle, die sich ernsthaft mit dem Skandal moderner Sklaverei auseinandersetzen wollen.)
- 3) Eine Fülle von **Material** – allerdings nur in englischer Sprache – kann bei Anti-Slavery International in London (auch über deren WebSite) bezogen werden.
- 4) Pino Arlacchi (2000): **Ware Mensch**. Der Skandal des modernen Sklavenhandels, Piper Verlag, München.
- 5) Die Werkstatt Ökonomie e.V. bereitet zur Zeit weiterführende **deutsche Materialien** vor.

▼ ADRESSEN:

- 1) **Werkstatt Ökonomie e.V.:** Obere Seegasse 18, D – 69124 Heidelberg, Telefon: 0 62 21/72 02 96, Fax: 0 62 21/78 11 83, E-Mail: klaus.heidel@woek.de
- 2) **Anti-Slavery International**, Thomas Clarkson House, The Stableyard, Broomgrave Road, London SW9 9TL, Tel.: 00 44/20/75 01 89 33 (Jen Escher, Campaign Officer), Fax: 00 44 – 20 – 77 38 41 10, E-Mail: j.escher@antislavery.org

- 3) **terre des hommes** Deutschland e.V., Ruppenkampstraße 11a, D-49084 Osnabrück, Tel.: 05 41/7 10 10, Fax: 5 41/7 10 11 96, E-Mail: terre@t-online.de
- 4) **agisra**, Ludolfusstr. 2–4, D-60487 Frankfurt, Tel.: 0 69/77 77 55, Fax: 0 69/77 77 57

▼ INTERNET:

- 1) Werkstatt Ökonomie: www.woek.de
- 2) Anti-Slavery International: www.antislavery.org
- 3) terre des hommes: www.tdh.de (Kindersklaven)

Die **Europäische Aktion zur Überwindung von Sklaverei und Zwangsarbeit** wird in Deutschland von folgenden Organisationen unterstützt:

DGB-Bildungswerk (Düsseldorf)

Dienste in Übersee (Stuttgart)

IG-Metall (Frankfurt)

Kindernothilfe e.V. (Duisburg)

Sudan Forum e.V. (Alfeld b. Hildesheim)

Terre des Femmes e.V. (Tübingen)

Werkstatt Ökonomie e.V. (Heidelberg)

Stand 4. 11. 2000

Redaktionelle Bearbeitung: Cornelia Wilb

epd-Dritte Welt-Information, Pädagogische Arbeitshilfe des Evangelischen Pressedienstes – epd-Entwicklungspolitik. Herausgegeben vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH.

epd-Zentralredaktion: Chefredakteur Dr. Thomas Schiller; epd-Entwicklungspolitik: Peter Bosse-Brekenfeld, Konrad Melchers, K. Friedrich Schade (verantwortlich).

Adresse: Postfach 500550, 60394 Frankfurt/Main, Telefon 0 69/5 80 98-0, Telefax 0 69/5 80 98-139. Jahresabonnement DM 42,- bis zu 17 Nummern (Versandkostenanteil DM 14,16). Im Ausland DM 27,40 excl. MwSt., zuzüglich Versandkosten. Preis dieses Heftes: DM 2,90

Einzel-/Doppelausgabe/Dreifachausgabe DM 1,50/2,50/2,90; Günstige Preisstaffelung (z.B. 1,10/1,50/2,10 DM ab 10 Ex., 0,90/1,30/1,80 DM ab 100 Ex. usw.) Stand 2000. Das Angebot von epd-Dritte Welt-Information umfasst über 50 Ausgaben zu den wichtigsten entwicklungspolitischen Stichworten. Sie sind auch außerhalb des Abonnements einzeln erhältlich. Register aller Ausgaben kostenlos! **Nachdruck nur mit Genehmigung von epd-Entwicklungspolitik.** epd-Dritte Welt-Information wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.